

## Flüchtlinge als neue Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt?<sup>1</sup>

Vortrag von Lars Niggemeyer

Auch nach der Sperrung der Balkan-Route und dem Abkommen zwischen Türkei und EU bleibt die Frage nach den Integrationsperspektiven von vermutlich rund einer Million schutzsuchender Menschen, die allein 2015 nach Deutschland gekommen sind. Dabei stehen sich Ablehnung, die bis zum offenen, gewalttätigen Ausländerhaß reicht und eine mehrschichtig motivierte Willkommenskultur gegenüber. In dieser verbindet sich ein bemerkenswertes humanitäres Engagement mit der vor allem von Arbeitgeberseite propagierten Auffassung von Flüchtlingszuwanderung als notwendiges Mittel gegen Fachkräftemangel und demografischen Wandel.

Aber lassen sich diese Perspektiven zu der Vision einer prosperierenden Einwanderungsgesellschaft verbinden? Und ist die gegebene Situation vielleicht sogar mit der Integration von Arbeitsmigranten in den Gründungsjahrzehnten der alten Bundesrepublik vergleichbar?

So lange an den neoliberalen Paradigmen von Schuldenbremse, Deregulierung und Angebotsorientierung festgehalten wird, sicherlich nicht. Unter diesen Vorzeichen erscheint es fast ausgemacht, dass sich die solidarischen Bindekräfte der deutschen Arbeitsgesellschaft noch weiter rassistisch zersetzen. Dabei könnte die derzeitige Situation durchaus Ausgangspunkt solidarischer Zukunftsentwürfe sein. Doch damit sich diese Möglichkeit umsetzen lässt, muss die Fluchtdebatte verteilungspolitisch geführt und mit der Perspektive einer grundsätzlich anderen Wirtschaftspolitik verbunden werden.

### Bedarf an Arbeitskräften und Auszubildenden?

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen führt Zuwanderung zu mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Es verwundert, dass hier angesichts von 2,8 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2015 ein Angebotsmangel proklamiert wird. Hatte doch Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland schon das Überschreiten der Ein-Millionen-Marke zu panischen Reaktionen geführt. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen zeigen aber nur einen Ausschnitt des Problems: Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt es mit rund eine weitere Million Menschen, die als „*stille Reserve*“ an Maßnahmen teilnehmen oder resigniert ihre Arbeitsuche eingestellt haben sowie 14,7 Mio. Teilzeitbeschäftigten, die ihre Arbeitszeit um durchschnittlich fast vier Stunden ausweiten möchten.. Zusammengenommen ergibt dies jedenfalls eine tatsächliche Arbeitsplatzlücke von rund 5 Mio. fehlenden Vollzeitarbeitsplätzen.

Die Zuspitzung einer solchen Konkurrenzsituation durch die Einwanderung zusätzlicher Arbeitskräfte bedroht Geringqualifizierte und Ortsfremde – gleich welcher Herkunft – immer am stärksten. Schon 2012 lag die Erwerbslosigkeit unter in Deutschland lebenden Migranten fast doppelt so hoch wie unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. 35% der „Ausländer/innen“<sup>2</sup> waren im Vergleich zu 23% der „deutschen“ Beschäftigten zu einem Niedriglohn beschäftigt. Und auch auf dem Ausbildungsmarkt begannen insgesamt rund 280.000 junge Menschen eine dem Übergangsbereich

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Vortrag basiert auf folgender Veröffentlichung: Martin Koch & Lars Niggemeyer (2016): Der Flüchtling als Humankapital. Wider die neoliberale Integrationslogik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 61 (2016), 4. S. 83–89. Literaturangaben können – soweit nicht anders vermerkt –entweder dieser Veröffentlichung entnommen oder bei den Autoren nachgefragt werden.

<sup>2</sup> Die verwendeten Begrifflichkeiten zu Migranten und Migrationshintergründen gehen auf die jeweilig verwendete Literatur zurück und sind hier in Anführungszeichen gesetzt.

zugerechnete Maßnahme, die keinen anerkannten Ausbildungsabschluss vermittelt. Der Anteil dieser Einmündungen in das Übergangssystem an allen Neuzugängen in berufliche Bildung war unter „Ausländern“ mit 46,5 % beinahe doppelt so hoch wie unter „Deutschen“ (24,4 %).

### **Fachkräftemangel?**

Wird sich das zukünftig ändern? „Aktuell gibt es keinen flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland“ stellte die Bundesagentur in ihrer Fachkräftengpassanalyse im Dezember 2015 fest. Tatsächlich verdeutlichen die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen, dass derzeit in Deutschland alle Berufshauptfelder einen Arbeitskräfteüberhang aufweisen, der laut Prognose abgesehen von wenigen branchen- und qualifikationsbezogenen Ungleichgewichten auch noch 2030 besteht. Dies trifft in besonderer Weise auf Personen ohne Berufsabschluss zu, deren „ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktsituation“ sich demnach „weiter verschlechtern“ wird.

All dies wirft düstere Perspektiven auf die Beschäftigungsperspektiven von Flüchtlingen. Nach grober Schätzung taxierte IAB bereits im Juni 2015 einen Anteil von 53 % der gemeldeten erwerbsfähigen Personen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung aus „Asylzugangsländern“. Diese Situation wird durch die gesamte Zuwanderungsbilanz zusätzlich verschärft. Denn die aktuelle Debatte geht darüber hinweg, dass weitere Konkurrenz durch anhaltende „Zuzüge“ hochqualifizierter Fachkräfte aus dem europäischen Ausland entsteht. Erstmals seit 1995 war die Zahl „Zugezogener“ aus dem Ausland bereits 2012 auf über eine Million angestiegen. Noch 2014 kamen 74 % aller Einwanderer aus Europa und mehr als die Hälfte aus osteuropäischen Transformations- und südeuropäischen Krisenländern. Das berufliche Bildungsniveau aller „Neuzuwanderer“ lag mit einem Akademikeranteil von 37 % anders als bei der Gruppe der Flüchtlinge deutlich oberhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft (21 %).

Damit dürfte es auf dem gesamten Arbeitsmarkt enger werden: Das IAB geht davon aus, dass das Erwerbspersonenpotential um zusätzliche 640 000 Personen auf rund 46 Mio. bis 2020 ansteigen wird. Entsprechend prognostiziert die Bundesagentur für Arbeit ein flüchtlingsbedingtes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in 2016 um 130 000 Personen. Die Forderungen nach Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge verdeutlichen die Gefahr, dass Migranten in die Rolle von Dumpingarbeitskräften gedrängt werden. Doch selbst wenn diese Ausnahmetatbestände nicht geschaffen werden, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass Einwanderer zum üblichen Lohn Arbeit finden. Seit der Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 hat sich die nicht tarifgebundene sowie prekäre Beschäftigung in Form von Leiharbeit und Werkverträgen überproportional zu Lasten von Ausländern ausgeweitet. Flüchtlinge, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu untertariflichen Bedingungen anzubieten, könnten ungewollt dazu beitragen, diesen Prozess zu forcieren. Sofern die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen also nicht grundsätzlich verändert werden, drohen ein erheblicher Anstieg von Arbeitslosigkeit und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und damit ein rassistisch gespaltenes Prekariat.

### **Ein neues Wirtschaftswunder?**

Gerade vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem „Erfolgsrezept“ der 1960er Jahre, als es nach noch nach der Zuwanderung von rund 10 Mio. sog. „Vertriebener“ gelang, 2,6 Mio. ausländische Arbeitsmigranten in den westdeutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Meist wird dies durch einen gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften im Zuge des „Wirtschaftswunders“ erklärt. Doch das faktische Arbeitsvolumen nahm während der kurzen Periode der Vollbeschäftigung zwischen 1960 und 1973 um knapp 11 % von jährlich 56 auf 50 Mrd. ab. Dies ging auf eine Reduktion der

regulären Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und die Verlängerung des jährlichen Erholungsurlaubs zurück. Die Integration der Zuwanderer konnte also nur aufgrund einer massiven Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Ebenso wichtig dürfte eine überdurchschnittliche Steigerung der Reallöhne gewesen sein. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt weist in der betreffenden Periode eine durchweg steigende Tendenz auf, die spätestens ab Anfang der 1980er Jahre merklich zurückgeht und in den 2000er Jahren nahezu abstürzt.

Arbeitszeitverkürzung und steigende Löhne stellen also nicht nur die entscheidende Bedingung für eine funktionierende Integration von Zuwanderern, sondern auch für eine gesamtgesellschaftliche Wohlstandsentwicklung dar. Sie ermöglichen über gemeinsam verrichtete Arbeit die Teilhabe an respektablen Sozialbeziehungen und bilden die Grundlage für eine wachsende Binnennachfrage, Investitionen und Steuereinnahmen. Jeder zusätzlich ausgegebene Euro muss darum auch in der gegenwärtigen Situation als Investition in ein prosperierendes Gemeinwesen angesehen werden.

### **Aufbau einer prosperierenden Einwanderungsgesellschaft!**

Nicht nur die Integration von Flüchtlingen ist darum von einer beschäftigungspolitischen Wende in Deutschland und der EU abhängig. Der deutsche Privatsektor – Unternehmen und Haushalte –, tätig seit bald 20 Jahren zu wenig Ausgaben. Stattdessen steigen die Spareinlagen ins Unermessliche. In dieser Lage ist eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben überfällig – beispielsweise zur Beschleunigung der Energiewende, für moderne Infrastrukturen, soziale Dienstleistungen und bessere Bildung. Der 2012 entwickelte „Marshallplan“ des DGB sieht ein entsprechend breit angelegtes Investitionsprogramm in erneuerbare Energien vor. Das würde in der EU bis zu 11 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Und auch in Deutschland bedarf es umfangreicher Mehrausgaben die insbesondere in die Verbesserung von Bildung, Pflege, Verkehrsinfrastruktur und Wohnraum investiert werden. Zur Finanzierung müssten sowohl die Schuldenbremse ausgesetzt als auch die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen angehoben werden.

Höheres Wachstum allein reicht jedoch nicht aus, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Seit 1975 sind die durchschnittlich pro Erwerbsperson geleisteten Arbeitsstunden um rund ein Viertel auf etwa 30 Stunden pro Woche in Deutschland gesunken. Dennoch arbeiten Vollzeitbeschäftigte heute wie damals unverändert rund 40 Stunden. Um Arbeitslose und Unterbeschäftigte aller Herkunftsländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen daher auch die Arbeitszeiten der Vollzeiterwerbstätigen sinken. Außerdem sollte bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden ein umfassender sozialer Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen, zusätzlichen und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen für einheimische und zugewanderte Erwerbslose mit besonderen Integrationshemmnissen eingerichtet werden. Damit würde die aktuelle Vertiefung der sozialen Spaltung in Deutschland abgewendet – und rassistischen Hassparolen wäre zumindest der ökonomische Nährboden entzogen. Auf diese Weise könnte Zuwanderung einen erheblichen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Wiederaufbau leisten, der nach mehr als einem Vierteljahrhundert neoliberaler Spar- und Umverteilungspolitik dringend geboten ist. Dabei geht es um die Wiedererrichtung eines handlungsfähigen Sozialstaates, der den Bedürfnissen aller Bürger entspricht. Noch viel grundsätzlicher geht es aber um eine Wiedergewinnung des Sozialen, Humanität und Utopiefähigkeit. Dass ein solcher Impuls in der EU nicht von der notleidenden Peripherie ausgehen kann, hat das Desaster der in Griechenland erzwungenen Sparmaßnahmen eindrücklich gemacht. Er kann nur in der dominierenden Wirtschaftsmacht Deutschland entstehen.